



Gesundheit ist ein hohes Gut

Die Ausgabenmaschinerie in der Krankenversicherung nimmt 2016 weiter Fahrt auf (August 2016)

Der Staat, Krankenkassen und Leistungserbringer im Gesundheitswesen sorgen dafür, dass die Arbeitnehmer und Rentner erneut höhere Zusatzbeiträge jetzt oder in Konsequenz in 2017 entrichten müssen. Der Arbeitgeber beteiligt sich daran ja nicht.

Die Krankenkassen und Leistungserbringer (u.a. Ärzte, Krankenhäuser, Zahnärzte, Pharmaindustrie, Häusliche Krankenpflege, Hilfsmittel, Verwaltungen) haben erneut im Rahmen der Selbstverwaltung überall höhere Vergütungen zu Lasten der Mitglieder/Beitragszahler vereinbart, die sich in 2016 voraussichtlich bei mindestens 3,8 % Ausgabensteigerungen ergeben werden.

Für einen Großteil der ALGII-Empfänger erstattet der Staat den Krankenkassen nicht die realen Ausgaben. Dafür kommen weiterhin die zahlenden Mitglieder in Milliarden-Höhe auf. Nunmehr hat sich die Bundesregierung entschlossen!, dass 1,5 Milliarden Euro aus den gezahlten Beiträgen, die im Gesundheitsfonds angesammelt wurden, damit Krankenkassen zu entlasten. Ein Geschenk ist es nun wahrlich nicht. Der Staat hat durch kostspielige Reformen in den letzten Monaten (Ergänzung psychiatrischer Leistungen, Krankenhausreform zum Abbau der Überkapazitäten und Einführung des Präventionsgesetzes) für erhebliche Mehrausgaben anteilmäßig in diesem Jahr und in den nächsten Jahren bei den Krankenkassen gesorgt. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, wieso die Politik ausschließlich Arbeitnehmer und Rentner so bewusst zur Kasse bittet.

Wie aus der Presse des Spitzenverbandes der Krankenkassen zu entnehmen ist, hat in der Vergangenheit planmäßig organisierter Betrug bei Abrechnungen in dreistelliger Millionenhöhe für Häusliche Krankenpflege in unserem Land von zugelassenen russischen ambulanten Pflegebetrieben stattgefunden. Die Zulassungen sind von unseren Krankenkassen erfolgt, wobei es keinerlei rechtliche Überprüfungsmöglichkeiten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen gab und auch heute noch nicht gibt.

Diese kurzen Aufzählungen machen deutlich, die verantwortlichen Sozialpolitiker sind scheinbar nicht Willens oder erkennen die Zusammenhänge nicht, warum die Mitgliederbeiträge jetzt von Jahr zu Jahr angehoben werden müssen.

Der Beitragszahler hat jedenfalls keine Lobby, nicht bei den Krankenkassen, nicht bei den Parteien und auch nicht bei den Gewerkschaften.